

# Potsdamer Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoncen  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. L. Arici & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Stresemann,  
in Meseritz bei Ph. Matthes,  
in Breslau bei J. Jägerhofer.

Nr. 838.

Das Abonnement auf dieses Blatt kostet pro Jahr zwölf Groschen. Einzelne Blätter betragen vierzig Groschen für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

## Amtliches.

Berlin, 27. Nov. Der König hat den Intendanten des diplomatischen Corps, v. Röder, unter Belassung in dieser Stellung sowie in seiner Stellung bei der Ceremonie überhaupt, zum Ober-Küchenmeister, und den bisherigen Landrat des Kreises Gerdauen, Wolfgramm zum Polizei-Direktor in Potsdam ernannt.

## Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

## 4. Sitzung.

Berlin, 27. Nov. Am Ministerialamt: v. Scholz, v. Puttkamer, v. Bötticher, Lucas.

Präs. von Kölle eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit der Mitteilung, daß die üblichen Fachkommissionen gewählt worden sind und sich konstituiert haben.

Gegangen ist die Entschließung der Staatsregierung auf die in voriger Session gefassten Beschlüsse und Resolutionen des Hauses.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldebatte des Staats.

Abg. Frhr. v. Bedlich (Mühlhausen) polemisiert gegen den Abgeordneten Ritter, welchen der von demselben dem Abgeordneten von Minnigerode gemachte Vorwurf, oft wiederholte Behauptungen wieder vorgebracht zu haben, selbst trifft. Auch habe er das Verhältnis von Steuererlassen in Preußen und Neubelastungen im Reich falsch dargestellt. Bei der Forderung neuer Reichsteuern habe man in erster Reihe nicht Entlastungen eintreten lassen, sondern das Defizit decken wollen. Die steuerfrei gewordenen Personen seien meist auch solche, die Naturalbezüge haben, also von den Lebensmittel-Steuern nicht getroffen werden. Einfache Nothwendigkeit sei es, wenn Einnahmen und Ausgaben nicht mehr gleichen Stand halten, für Vermehrung der ersten zu sorgen. Die konervative Partei habe sich dieser Pflicht nicht entzogen. Von einer guten Wirtschaftspolitik sei zu verlangen, daß sie die werbenden Kräfte der Nation befähige, an der aufsteigenden Bewegung Theil zu nehmen; in dieser Richtung habe sich die Politik von 1879 voll bewährt; niemals habe Deutschland eine so glückliche Position eingenommen, wie zur jetzigen Zeit. Bei Besprechung wirtschaftlicher Fragen habe die Linke nach Popularität, jürgt für die Wahlkagation. Die Vermehrung der Eisenbahnbeamten sei unbedenklich, da selbst die Gegner eine unzulässige Beeinflussung verhindern durch die Regierung nicht haben nachweisen können. Er glaube nicht, daß die Betriebsergebnisse des laufenden Jahres die Voranschläge sehr erheblich übersteigen werden; das Gegenteil sei zu fürchten. Zuverlässige Berichte konstatieren, daß in der That die Lage der Arbeiter sich gebessert habe, der Lohn gestiegen sei, nicht bloß bei den Staatsbetrieben, sondern auch in der Privat-Industrie. Der Schuhhändler wäre zufrieden, wenn unsere Landwirtschaft und Industrie in so hoher Blüthe ständen, daß sie keiner Schutzzölle bedürfen; das sei aber nicht der Fall, und darum sei die neue Wirtschaftspolitik von Sezen. Er freue sich, daß der Kultusrat für die idealen Interessen der Nation sorge, indem er einen reichen Fonds für die Kunst enthalte. Ebenso erfreulich sei die Mehrförderung im landwirtschaftlichen Etat; denn eine Förderung der Produktion, eine Besserung des landwirtschaftlichen Betriebes sei die erste Voraussetzung einer Gesundung der Landwirtschaft. Redner appelliert an das Zentrum, seinen Einfluß bei der Kurie dahin geltend zu machen, daß dieselbe ihre Anforderungen zurückdrängen und dem Staate sein Recht lasse, dann werden wir zu friedlicheren Zuständen kommen. Ferner wünscht Redner das baldige Zustandekommen eines Dotationsgesetzes. Preußen habe mehr Analphabeten als irgend ein anderer deutscher Staat und die Analphabeten stellen ein überaus großes Kontingent von Zuchthaussträflingen. Auf dem Gebiete des Kultusrats werden wir überhaupt noch manchen Aufwand nötig haben, und dann bleiben immer noch unerfüllte Wünsche übrig. Der Etat balanciere zwar ohne Anleihe, biete aber nicht entfernt die Möglichkeit zur Erfüllung der dringendsten Aufgaben des preußischen Staates. Unsere finanzielle Kalamität sei daher gekommen, daß man die außerordentlichen Einnahmen der Jahre 1872 und 1873 als ordentliche Einnahmen eingestuft habe. In diesen Fehler dürfe man nicht wieder fallen, damit nicht die Defizitwirtschaft wieder in den Etat einreiche. Man müsse energisch angreifen mit der Erweiterung des Steuersystems des Reiches. Die Hilfsmittel für weitere Besteuerung, Bier, Tabak und Brantwein, seien noch lange nicht erschöpft, nur müsse bei letzterem auf die Industrie Rücksicht genommen werden. Redner fordert auf, diesen Weg weiter zu verfolgen zum Besten des Vaterlandes.

Abg. Büchtemann: Ich bin zweifelhaft, ob die Verherrlichung der neuen Wirtschaftspolitik nicht zu früh oder zu spät gekommen ist, weil die Eisenindustrie z. B. an sich selbst erfährt, wie schweren Täuschungen auch gewiegte Sachkenner sich bereits eingestehen müssen. Wenn man sich auf die Steigerung der Löhne in der Eisenindustrie durch die Zölle beruft, so konstatirt der Bericht über die fiskalischen Betriebe, daß tatsächlich nur eine höchst geringe Besserung stattgefunden, die wohl auch den von der Gegenseite gebrachten Erwartungen nicht entsprechen dürfte. Andererseits sind seitens einiger Bergwerksverwaltungen Aenderungen getroffen worden, um die Löbne aus anderen Weise wieder einzuschränken. Herr v. Bedlich hat die Thatstache, daß die Zölle und Steuern des Reichs um 125 Millionen erhöht worden sind, und daß dieser Erhöhung in Preußen nur eine Entlastung von 21 Millionen gegenübersteht, nicht aus der Welt schaffen können. Ferner kann er die Thatstache nicht entkräften, daß die von der Regierung vor Eröffnung der neuen Schutzzollpolitik abgegebenen Erklärungen dahin gegangen sind, daß in erster Reihe eine Entlastung des Volks erfolgen solle. Möglich, daß Herr v. Bedlich die Thatstache vergessen hat, aber als vor den letzten Reichstagswahlen der Abg. Ritter das bekannte Flugblatt „Hundert Millionen neuer Steuern“ herausgab, schreibt die „Prov.-Corr.“ von hundert Millionen sei überhaupt nicht die Rede, aber jedenfalls sei der Zweck eine Steuererleichterung. Die Thronrede, mit welcher im Jahre 1879 der Reichstag eröffnet wurde, sagt ausdrücklich: Die Vorschläge, welche ich und Meine Bundesgenossen gemacht haben, zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmen für das Reich die Einzelstaaten in den Stand zu setzen, auf drückende Steuern zu verzichten, ein höherer Ertrag, eine höhere finanzielle Einnahme wird nicht erstrebt, soweit nicht Reichstag und Landtag die Beschaffung neuer Mittel für noth-

Mittwoch, 28. November.

Unter 20 Pf. die schriftgehaltene Rettungszeit oder deren Raum, Klemmen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

stehe, so will ich ihm nachher auf einem anderen Gebiet nachweisen, wie groß der Einfluß von Interessentenkreisen, auch von agrarischen, sein kann und in welcher Art und Weise die Agrarie in ihren Bezirks-Eisenbahnräten handeln. Der Schwerpunkt des ganzen Staats liegt unzweifelhaft in den Eisenbahnen. Ich bin auch der Meinung, daß der Ueberbau, welcher in dem Etat von 1884/85 übergeht, wohl nicht eigentlich von unzweifelhafter Legitimität ist, weil gar sehr wohl eine Ablösung hätte stattfinden können. Wir bedauern die Zeit und die Müse, die auf das Eisenbahn-Garantiegesetz verwendet worden ist. Der Herr Finanzminister hielt das Vorhandensein des Überschusses wieder für eine glänzende Rechtfertigung des Staatsbahn-Systems. Er wird doch wohl so gut wissen, wie wir, daß diese Überschüsse daher röhren, daß der Eisenbahnnetz nicht mehr zu groß ausgestellt werden könne, und wenn er so weiter aufgeschoben wird, so wird er jedes Jahr eine freudige Überraschung bringen. Ein Bild von der Wirtschaft der Eisenbahnen gewinnt man nun durch Gegenüberstellung gewisser Betriebsergebnisse, die sich überhaupt mit einander vergleichen lassen, und da stellt sich die Sache etwas anders. In den letzten drei Jahren betrug die Zunahme der Überschüsse nur 5–8 Millionen bei einer Steigerung der Brutto-Einnahme von 375 auf 379 Millionen; trotz der Erhöhung der Brutto-Einnahmen wurden im Jahre 1880/81 54 p.C. der Ausgaben, 1881/82 56 p.C., 1882/83 57 p.C. und im Etat des laufenden Jahres 58 p.C. absorbiert. Die Hoffnung, daß nach der Verstaatlichung diese Zahlenverhältnisse sich bessern, hat sich also nicht verwirklicht. Es wird also notwendig sein, den Eisenbahnnetz nach dieser Richtung hin einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. In der vorigen Session hat ihn die Budgetkommission in wenigen Stunden durchberaten; die Schwierigkeit der Prüfung ist in der That groß und der Landtag kann nicht anders, als dem Minister Vertrauen schenken. Der neuerrichtete verfaßte gesetzliche Eisenbahnrat hat sich somit mit zwei Tarifen, dann für Spiritus-Export und dann für Tafelglas nach den Seehäfen beschäftigt; ich wünschte sehr, daß er eine etwas stärkere Tätigkeit entfalten möge. Beim Bezirksseisenbahnrat in Köln ist in letzter Zeit der Antrag eingegangen, den Getreidetarif von den deutschen Nordseehäfen und den Emshäfen ins Binnenland heranzuziehen. Dieser Antrag, der das Interesse der Landwirtschaft wirklich nicht verletzt hätte, wurde im Ausschuß zwar angenommen, im Plenum aber erklärten die Vertreter der Landwirtschaft, daß der Eisenbahnrat ein Annex der Schutzzölle wäre; sie erinnerten an den Kompromiß und erreichten die Ablehnung. Im Bezirksseisenbahnrat von Hannover wurde eine Statistik über die Bewegung des Imports beantragt und die Aussicht auf eine etwaige Tarifänderung schien den vereinigten Gegnern so bedenklich, daß sie den Antrag ablehnten. Wenn Herr von Minnigerode schon die Zusage der Kapitalisten zur deutschen Reichsbank nicht für zulässig hält, so halte ich die Zusage der Agrarier in ein Institut, wie ein Bezirksseisenbahnrat ist, für nicht weniger bedenklich. Hegen Sie nicht die Interessen gegen die Interessen, sondern lassen Sie, wenn es nicht anders geht, lieber den Minister allein entscheiden. Die Erträge sind zwar nicht allgemein befriedigend, aber doch ziemlich gut. Gleichwohl ergibt sich, daß die Zuführung von Getreide aus dem Auslande sich nicht verringert, sondern erhöht hat. Die Meinung des Reichskanzlers, daß die inländische Konkurrenz in der Lage sei, für den Bedarf ausreichend zu produzieren, erweist sich also als unrichtig, ebenso auch die Meinung, daß das Ausland den Zoll zahlen muß. Eine neulich erschienene Statistik vom Geheimen Rath Starke weist nach, daß die Vermehrung und Verminderung der Diebstähle fast genau mit den Preisen der Lebensmittel zusammenhängt. Es handelt sich also hierbei nicht bloß um die materiellen Interessen. Aus dem Bericht des Landwirtschaftsministers geht hervor, daß die Lage der mittleren und kleineren Landwirthe in einem großen Theile der Monarchie günstig ist. Die Aussicht des Abg. v. Schorlemer, der die Lage des kleinen bäuerlichen Besitzes geschildert nennt, ist also sehr übertrieben. Die Tendenz der Brennereien belässt uns, weil sie Gleisches für Alle für den Grundbesitz verfolgen. Die in Aussicht gestellte Übersicht der Erträge von Nutz- und Brennholz ist noch nicht erschienen; ich vermuthe, daß die noch nicht so weit gediehen, und daß auch der Herr Minister den Grund der Ertragssteigerung noch nicht ermitteln konnte. Die neue Steuervorlage ist eine Folge der vorjährigen Resolution, gegen die wir uns erklärt, weil wir eine so unklare Resolution nicht zur Veranlassung einer Reform hielten. Wenn die Reform nicht vorwärts kommt, so kommt das daher, weil sie mit agrarischen und sozialistischen Elementen durchsetzt ist. Wir meinen, daß die Reform keinen Anlaß geben darf, die Steuer zu erhöhen und die Frage des fundirten und unfundirten Einkommens zu berühren. Bei dem Verwendungsgesetz erklärte der Reichskanzler ausdrücklich, daß er eine Verminderung der Grundsteuer nicht wolle; das Geschick dieses Steuervorprojektes hängt davon ab, ob die Regierung noch auf diesem Standpunkte steht. Wir sind gegen die Aufstellung der 3. und 4. Stufe der Einkommensteuer, weil wir diese Steuerzahler nicht unter die Proletarier segnen wollen. Die Aufstellung der beiden untersten Stufen hat auch nichts genutzt, in Berlin sind wenigstens die Erelutionen nicht geringer geworden, weil ja Staats- und Kommunalsteuern immer zusammen erhoben werden. Was bis jetzt im Reiche und in Preußen geschehen ist, ist nicht den unteren, sondern den bestehenden Klassen, besonders dem Grundbesitz zu Gute gekommen. Der Weg zum Frieden zwischen den Klassen ist das nicht. Wir werden an der Berathung des Budgets Theil nehmen und wollen hoffen, daß die Grundätze, welche wir vertreten, recht bald wieder in Anerkennung kommen werden. (Bravo! links.)

Abg. Wagner (Altavalland): Mir ist mehrfach der Vorwurf gemacht worden, daß ich über die Grenzen des zur Debatte stehenden Gegenstandes hinauswirre, und daß ich mich nicht immer streng an die Sache halte. Ich bin indessen bemüht, mich nach berühmten Mustern zu bilden. Da die Herren v. Schorlemer, Ritter, Büttmann mir mit einem so guten Beispiel vorangegangen sind, so wird diese Gewohnheit auch einem Neuling erlaubt sein, der wie ich, erst seit kurzer Zeit in das Haus eingetreten ist. Ich komme nun zum Etat. Wie in der Thronrede und auch durch den Herrn Finanzminister hervorgehoben worden ist, stellt sich die Finanzlage des Staates allerdings als eine relativ, nicht aber als eine absolut günstige dar. Dazu hat in erster Linie beigetragen die neue Eisenbahnpolitik, die Verstaatlichungen und die Reichsteuerreform, welche im Wesentlichen von der rechten Seite des Hauses durchgeführt worden sind. Nicht so günstig gestaltet sich der Etat in den Betriebsverwaltungen, der Bezirks-, Hütten- und Forstverwaltung; indessen sind auch hier Verbesserungen für die Zukunft zu erwarten. Der Schwerpunkt liegt aber entschieden im Eisenbahnnetz. Der Herr Abg. Ritter hat in diesem Jahre eine völlig andere Betriebsführung beliebt als im Vorjahr. Damals bie-

es, die Erträge seien schwankende, die Ausgaben seien nur erhöht, überhaupt entbehe der Staat der Sicherheit. Diesmal saß Herr Rickert nichts von alledem. In der That ist diesmal der Staat mit äußerster Vorsicht aufgestellt. Im heutigen Eisenbahnenat 1884/85 sind die Betriebskosten um 10 Millionen Mark höher angesetzt, trotzdem sind die Überschüsse sehr erheblich. Diese günstige Lage des Eisenbahnenats ist umso mehr hervorzuheben, als der Staat sehr teuer hat laufen müssen und besonders die Hamburger Bahn bedeutende Opfer verlangt. Es ist erfreulich, daß die Überschüsse der letzten drei Jahre nicht in die Hände der Aktionäre, sondern in die Hände des Staates geflossen sind. Das Eisenbahnenanlagenkapital verzinst sich nach meinen Berechnungen mit 5,5 %, in anderen Staaten ist das Verhältnis ein bei weitem ungünstiger. Alle diese günstigen Momente berechtigen uns, auf dieser Bahn weiterzugehen, wir begrüßen daher die neuen Verstaatlichungspläne mit großer Freude. Herr Büchtemann hat hervorgehoben, daß es wichtig sei, die Überschüsse des Eisenbahnbetriebes jetzt zur Erhöhung der Beamtengehälter zu verwenden. Diesem Vorlage steht auch ich sympathisch gegenüber. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Eisenbahnen in Folge des neuen Krankenfassengesetzes schon 400,000 Mark mehr an die Krankenfassen zu zahlen haben. Würde auf Grund der erzielten Überschüsse der Staat gleich Erhöhung der Beamtengehälter vorschlagen, so würden Sie auf der linken Seite wieder einwenden, daß, trotzdem die Überschüsse noch sehr zweifelhaft seien, der Staat schon wieder an das Ausgeben derselben denkt. Es ist ferner eingewendet worden, daß wir immer an das Reich zur Erlangung neuer Steuern appellieren. Preußen ist aber in dieser Beziehung viel ungünstiger gestellt als die anderen Staaten. So schlägt Bayern z. B. aus dem Bier 207 Millionen Mark. (Hört, hört!) Das sind im Verhältnis zu Preußen kolossale Summen, darum sage ich, daß sind auf die Dauer unhalbare Zustände. Nach meiner Überzeugung hat sich die Entwicklung des Reichssteuersystems vollständig bewährt. — Von der Fortschrittspartei insbesondere ist mit den Reichssteuern ein unerhörter Missbrauch getrieben worden. Im Jahre 1881 wurde dem Vize von jener Seite ergähnt, man beanspricht, 145 Millionen Mark neuer Steuern zu erheben. Man hat aber einfach 45 Millionen Mark hinzugedichtet. (Abg. Richter: Sind schon da!) Vor zwei Jahren betrug das Maß der neuen Steuern höchstens 115 bis 117 Millionen Mark, wenn man also schon damals von 145 Millionen Mark neuen Steuern sprach, so ist das einfach nicht wahr. (Abg. Richter: Ist ja Alles falsch!) Meine Herren, ich halte mich an die Zahlen. Es ergibt sich daraus, daß gestern der Herr Finanzminister mit seinen Darlegungen vollkommen Recht hatte. Die Gewerbesteuer von dem Betriebe im Umherziehen hat um 100,000 Mark abgenommen, der Beitrag der Steuer aus dem stehenden Gewerbebetriebe hat dagegen etwas zugenommen. Wenn nun auch im Allgemeinen von einer günstigen Finanzlage wohl gesprochen werden darf, so kann doch von einer absolut günstigen Lage nicht die Rede sein. — Ich komme jetzt auf die Schuldnotierung. Das Schuldnotierungsgesetz ist eine Staatsbürgerschaft und man wird sich derselben auf die Dauer nicht entziehen können. Ein Theil der Grund- und Gebäudesteuer muß auf die Kommunen übertragen werden. Die Eisenbahnen haben allen Grund, die erzielten Überschüsse unter allen Umständen festzuhalten, wenn überhaupt einmal das Eisenbahnschuldkapital getilgt werden soll. Die Überschüsse sind lediglich zu verwenden zu Abschreibungen der Eisenbahnschulden, nicht zur Tilgung neuer Ausgaben. Was bleiben uns noch für Hilfsmittel? Die Linke weist beständig auf Preußen hin. Wenn wir indessen auch hier die Reformen durchführen, so werden wir doch eine erhebliche Vermehrung der Einnahmen dadurch nicht erlangen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß das System der direkten Steuern erhalten bleiben soll. Es sind aber weitere Reformen notwendig. Der Klassenzoller steht ich sympathisch gegenüber. Ein Nebelstand der direkten Steuern ist der Mangel an Beweglichkeit. Da kann man denn auf Grund der vorjährigen Resolution, auf die Kapitalrentensteuer. Wir haben aber in Preußen zu thun, was in anderen Staaten längst geschehen ist. Herr von Schorlemer-Alst batte sehr recht, wenn er die liberale Presse als unter dem Einfluss des Kapitals und der Börse stehend darstellte, welche diese Steuer auf jede Weise in Mitglied zu bringen sucht. Schon 1848 hat man das mobile Kapital zu besteuern versucht, das war auch der leitende Gesichtspunkt im Jahre 1881 in Bayern. Wir stehen dem beweglichen Kapital in keiner Weise feindlich gegenüber, sondern stellen es nur auf eine Stufe mit anderen Ertragsquellen. Aber die aus der Einkommensteuer zu erwartenden 10 Mill. und die aus der Kapitalrentensteuer höchstens zu erwartenden 10 Mill. reichen noch nicht aus, es bleibt uns also nichts als die indirekte Steuer. Auch die Börsensteuer ist unvermeidlich. Die Herren auf der linken Seite fordern immer: Man lege uns einen annehmbaren Entwurf vor. Diesen Gegnern aber mag man einen Entwurf vorlegen, welchen man will, sie werden sich dennoch nicht bekehren lassen. Ebenso wenig die liberale Presse, welche im Schleppzug der Börse und des Kapitals marschiert. (Sehr richtig! rechts; Lachen links.) Da wir also auf eine Börsensteuer vor der Hand noch nicht rechnen können, so bleibt uns nichts als der Appell an die Reichssteuern. Ich plaudre auch von neuem für die Börsesteuer. Wir können nun einmal das Reich nicht unangezapft lassen. Dank der Verstaatlichung der Bahnen und einiger Reichsüberschüsse sind erhebliche Verbesserungen eingetreten, dieselben genügen aber noch nicht. Ich behaupte, daß die auf Erweiterung der Reichssteuern abzielenden Aussführungen der Thronrede vollkommen berechtigt sind. Wiederholt ist hier auch die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung erörtert worden. Ich stütze mich bei meinen diesbezüglichen Erörterungen auf die Berichte des Vereins für Sozialpolitik, und diese Berichte machen durchaus keinen günstigen Eindruck. Es muß einmal gesagt werden, in den weitesten Kreisen der bürgerlichen Bevölkerung wird gestagt über die Auswüchse durch jüdische Kapitalisten. (Sehr richtig, Widerspruch links.) Es muß entschieden etwas zu Gunsten der Landwirtschaft gethan werden. Die Herren Rickert und Büchtemann richteten ihre Angriffe auf unsere Handelspolitik und insbesondere auf die Schutzzölle. Nun, ich bin durchaus kein enthusiastischer Anhänger des Schutzzölles. Daß dieselben Frankreich nicht haben heilen können, zeigt die Gegenwart. In Deutschland aber liegen die Dinge anders als dort. Deutschland konnte infolge seiner späten Entwicklung unmöglich eine so gesetzte Industrie haben, als das Ausland, darum grissen wir zu den Schutzzöllen. Auch ich glaube ja mit der Linken an einen Rückfall, aber vor der Hand kann an einen solchen noch nicht gedacht werden. Es läßt sich jetzt noch keineswegs entscheiden, ob der Zoll vom Ausland, vom Händler oder vom Konsumenten getragen wird, ist daher weder die Theorie des Reichsanwalts noch die Obige zu widerlegen. Es ist hier auch auf die Gründer hingewiesen worden. Von der Seite, von welcher das geschah, hätte es besser unterbleiben können. Ich behaupte, auch von Seiten Lassers, als Liberaler und Jude, war, da 90 Prozent der Gründer dem Judentum angehören, dieser Hinweis nicht klug. (Bravo! rechts.) Es ist ferner hier gesagt worden, das Staatsbahnenystem habe keinen Vorzug vor dem Privatbahnenystem, denn ein Minister könne ebenso gut wie ein Aktionär thun, was nicht richtig ist. Dieser Einwand trifft nicht zu. Das Endziel der Privatbahnen ist, möglichst viel Geld zu verdienen. Die Macht der Aktionäre ist unbeschränkt. Die Staatsbahnen haben die Volksvertretung und die Eisenbahnräte zur Seite, welche hervorheben, was zu ändern und zu verbessern ist. Der Hauptzweck des Staatsbahnenystems ist nicht der Gelderwerb. (Abg. Büchtemann: Warum nicht?) Weil der Minister kein Interesse hat, Tantiemen an die Eisenbahnäthe zu zahlen, die Staatsverwaltung ist nicht egoistisch. — Es gibt wenige Mitglieder aus dem Zentrum, mit denen ich in wirtschaftlichen Fragen so sehr sympathisiere, als mit Herrn v. Schorlemer-Alst. Trotzdem frage ich, muß man überall den Kulturmampf hineintragen? Ja und Lachen im Zentrum.) Ich freue mich über dessen Anerkennung, daß im Falle des Krieges Ost und West, Katholiken und Protestanten zusammenstehen, es war aber überflüssig, diesen Umstand besonders hervor-

zuheben, denn das ist einschließlich jeden Deutschen verdammte Pflicht und Schuldbeteiligung. (Lebhafte Beifall links und rechts. Oho! im Zentrum.) Trotzdem sehe ich nicht ein, was wirtschaftliche Fragen mit dem Kulturmampf zu thun haben. Wenn man im Zentrum immer Konzessionen verlangt, so zweiste ich an dem Frieden. Herr v. Schorlemer fordert eine Mittelpartei. Nun, wir haben ja im Zentrum eine solche Partei der Mitte. Solch' eine Mittelpartei aber wünschen wir nicht. Wir verlangen von einer Mittelpartei allerding nicht, daß die ihr angehörenden Fraktionen ihre Prinzipien aufgeben, wir fordern nur, daß die Fraktionen die kleineren Gegenseite fallen lassen, unter Festhaltung des nationalen Bodens die Reformen durchzuführen, welche links von den Separationisten und Fortschrittkritikern bekämpft werden, welche aber dennoch unter allen Umständen notwendig sind, wenn das deutsche Reich auf die Dauer bestehen soll! (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Mooren (Zentrum) bellagt, daß der Kulturmampf noch immer nicht beigelegt sei. Der Staat könnte mancherlei Ausgaben sparen, wenn er die in Fesseln schmachtende Kirche freigäbe. Die Charitas der katholischen Kirche könnte nicht zur Gelung kommen in Folge der staatlichen Bevorzugung. Der Reichstag für kirchliche Angelegenheiten sei eine verwerfliche Institution, welche aufgehoben werden müsse. Redner ergeht sich dann in den bekannten Klagen gegen den Schulzwang. Der Staat sei ein Tyrann und der Schulzwang hindere die Kinder, welche mit überflüssigem Wissensballast beschäftigt werden, die nötigen religiösen Kenntnisse sich anzueignen. Redner fordert darauf eine Börsenreform. Was die Juden leisten können, haben sie in Tisza Egyal gezeigt; zum Glück sind sie auf ihrem Wege in Neustadt aufgehalten worden. Unter großer Unruhe des Hauses bringt der Redner weiter eine Reihe von Beispielen vor, um darzutun, welche Verwüstungen der Kulturmampf angerichtet habe und schließt mit der Aufrichtung, endlich den Frieden herzustellen.

Abg. v. Benda: Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß die Überlastung der Kommunen durchaus anerkennen und bedauern, daß mit Hilfe des Reiches noch keine Entlastung herbeigeführt worden ist. Wir sind auch bereit zu einer Reform die Hand zu bieten, aber wir verlangen einen klarer Plan und wollen keinen obligatorischen Wechsel auf das Reich ziehen, weder in Form einer Resolution noch als Gesetzentwurf, dazu haben wir zu große Erfurde vor dem Reich. Das die Finanzlage des Staates sich gebeffert hat, ist erfreulich und wir erkennen gern an, daß die Eisenbahnenverstaatlichung wesentlich an dieser Befreiung beigetragen hat. Es ist uns angenehm, daß für Kunstszecke diesmal etwas mehr geschieht; über das Maß läßt sich streiten, aber die Ausführungen von der rechten Seite, welche gegen diese Bewilligungen gehörten, sind recht bedauerlich. Es ist richtig, daß wir keinen Ansatz haben von den bewährten Grundsätzen der altpreußischen Sparsamkeit abzugehen, von der alten Methode, nur mit dem zu wirtschaften, was wir haben. Das führt mich auf das Verwendungsgesetz, durch welches in zahlreichen Kreisen die größte Unzufriedenheit und das Wachsen berechtigter und unberechtigter Forderungen erreicht ist. Wir sind aufrichtig bestrebt, an gefundenen Reformarbeiten mitzuwirken und bereit für die Befriedigung der nachgewiesenen Bedürfnisse einzutreten, aber den großen Gesichtspunkten und Projekten der neuen Finanzpolitik gegenüber müssen wir sehr vorsichtig sein. — Wir bitten im Übrigen von der bisherigen geistlichen Behandlung des Staats nicht abzuweichen. Wir sind die Repräsentanten der alten guten preußischen Finanzpolitik, und bevor wir einen Thaler bewilligen, müssen wir erst wissen, wo er her kommen soll (Beifall links). Redner beantragt schließlich, wie in früheren Jahren, den größeren Theil des Staats, darunter die Ausgaben für das Kultusministerium, die ganze Eisenbahnverwaltung, Bergwerke, Forsten usw. der Budgetcommision zu überweisen.

F. M. v. Scholz: Daß Herr v. Benda gegen das Verwendungsgesetz ist, war mir bekannt, doch möchte ich daran erinnern, daß in der Thronrede vom 14. November v. J. bereits darauf hingewiesen worden ist. Wir denken im Übrigen nicht daran, einen Wechsel auf das Reich zu ziehen, das sind Färbungen der Thatsachen, die der Wirklichkeit widersprechen. Wir schlagen nur den Weg ein, daß wir uns mit Ihnen für die Bedürfnisse, welche unbedingt befriedigt werden müssen, verständigen, wir stellen eine Bedürfnisliquidation auf und hoffen, daß uns das Reich nicht im Stich lassen wird. Herr v. Schorlemer hat von der Börsesteuer gesprochen. Die Regierung hat leineswegs aufgehört, das Projekt zu verfolgen, und ich hoffe, daß es uns noch gelingt, der Schwierigkeiten Herr zu werden. In den Ausführungen des Abg. Rickert habe ich die Folgerichtigkeit vermisst, jedenfalls versiehe ich nicht, wie man der Regierung einen Vorwurf daraus machen kann, daß nur 20 Millionen zum Steuererlaß verwendet sind von 60 Millionen Überschuss, wo doch 40 Millionen zur Deckung des Defizits erforderlich waren. Wenn Abg. Rickert mich wegen weiterer Einnahmen auf das Stempelgesetz hinweist, so habe ich die Überzeugung, daß wenn ich eine Revision in Vorschlag brächte, sicher ein Minus und nicht ein Plus zu erwarten hätte. Abg. Büchtemann meint, der Reichsanwalt denkt nur immer an neue Steuern und werde auch diesmal wieder mit der Erhöhung des Holzgutes kommen. Ich erinnere an meine gestrige Erklärung, daß in der vorstehenden Reichstagssession eine solche Vorlage nicht zu erwarten ist, wenn auch später auf diesen Antrag wieder zurückgekommen werden kann. Die Eisenbahnen haben wir nicht erworben, um gute Geschäfte damit zu machen. Wenn wir aber einen Überschuss daraus erzielen, so klagte ich das freilich nicht. Im Übrigen benutze ich gern diese Gelegenheit, um für die im Ganzen wohlwollende Kritik des Staats meinen Dank zu sagen.

Abg. Windthorst: Die Minister sind für das, was in der Thronrede gesagt ist, verantwortlich und müssen sich daher auch die Kritik dafür annehmen lassen. Im Übrigen wäre es freilich gut, die Krone weniger in die Debatte zu ziehen. (Sehr richtig.) Herr Wagner sagte, der Staat stellt sich deshalb gut, weil das finanzielle Ergebnis der Bahnen bisher ein gutes gewesen und weil die neue Wirtschaftspolitik guten Erfolg gehabt hat. Letzteres unterschreibe ich voll Anerkennung. Was aber die Verstaatlichung der Eisenbahnen betrifft, so frage ich, wohin führt das? Der Staat braucht tatsächlich nur, wenn er Geldbedürfnisse hat, irgend eine Branche zu verstaatlichen. Das heißt, die Unterthanen auszusehen. (Lärm rechts, Zustimmung links.) Der augenblickliche Nutzen darf die Nachtheile nicht übersehen lassen; denn mit den sogenannten Überschüssen sind auch Ausgaben verbunden, welche vielleicht einmal nicht werden bestritten werden können. Diese Richtung führt zum sozialistischen Staate, wo bleibt da das Individuum und die individuelle Freiheit? Hier Bedürfnisse festzusehen und das Reich zu ihrer Befriedigung zu zwingen, heißt in der That, Wechsel auf den Reichstag ausstellen und ist unzweifelhaft verkehrt. Ein guter Haushalter gibt einem Thaler nicht aus, bevor er ihn hat. Die Zahl der Bedürfnisse, die der Staat hat oder zu haben glaubt, ließe sich noch sehr erhöhen. Durch ein Aufzählen derleben leicht man aber nur Enttäuschungen und Unzufriedenheit. Herr Wagner hat uns eine Menge schöner Steuern aus seinem Tüllhorn gezeigt. Aber wer soll das alles bezahlen? immer die Steuerzahler, deren Leistungsfähigkeit begrenzt ist, mag die Methode des Herausziebens aus der Tasche noch so geschickt sein. Neben mir doch unseren Schriftsteller nicht immer in der Erfindung neuer Steuern. (Sehr richtig!) Die Konzentration aller Kunstschäze in Berlin halten wir nicht für nötig und nicht für gerecht. Was mich betrifft — keinen Groschen! (Heiterkeit.) Es ist von einem Gegensatz zwischen großem und kleinem Grundbesitz gesprochen worden. Ich bin ein kleiner Kleingrundbesitzer (Große Heiterkeit!), ich halte es für einen mißglückenden Versuch, den kleinen Grundbesitz gegen den großen und besonders den bürgerlichen gegen den adeligen auszuspielen. Ich hoffe, die deutschen Bauern werden wissen, daß sie besser zu Hause ihre Wirtschaft zu besorgen, als nach Eisenach zu geben und sich mit allgemeinen Redensarten abspeisen zu lassen. Dagegen stelle ich den Grundbesitz nicht in feindlichen Gegenstanz zu andern, z. B. Kapitalinteressen. Die Vereinigung des Kulturmamps in die Staatsdebatte war nicht ungerechtfertigt, denn die Sache hat auch ihre finanzielle Seite, welche Herr v. Schorlemer beleuchtet hat. Herr Wagner

als Professor der Sozialwissenschaften sollte vor Allem wissen, wie dieser Kampf alle Seiten des bürgerlichen Lebens ergreift. Der Verlust der Gründung einer Mittelpartei war gegen das Zentrum gesetzt, welches durchaus umgebracht werden sollte; wir werden solchen Versuchen mit Gleichmut entgegensehen. Sie müssen immer an das Zentrum appelliren, wenn Sie Sozialpolitik und Wirtschaftsreform machen wollen. — Wenn es sich um unser Vaterland handelt, werden wir immer voll und ganz eintreten, aber dafür sollte man uns Katholiken nicht wie Heloten behandeln.

Finanzminister v. Scholz erklärt, daß es ihm nicht in den Sinn gekommen, die Verantwortlichkeit für eine Regierungshandlung abzulehnen oder dafür bei der Krone Deckung zu suchen.

Die Debatte wird geschlossen, und es folgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen.

Unter Anderem entspint sich eine längere Auseinandersetzung zwischen den Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst und Wagener. Letzterer hatte in seiner Rede mit Beziehung auf v. Schorlemer gesagt, er habe ihn des Mangels an Patriotismus nicht bestreit, denn die patriotische Gestaltung sei seine verdammt Pflicht und Schuldbeteiligung.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Über patriotisch: Gestaltung braucht mir Herr Wagener keine Belehrung zu geben. Ich habe schon den Säbel fürs Vaterland geschwungen, als er noch die Feder hinterm Ohre trug und nicht die Ehre hatte, dem preußischen Staatsverbund anzugehören.

Abg. Wagener bestreitet, daß seine Worte eine fränkende Färbung gehabt haben.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst erklärt, daß neuerdings, gewisse verdeckte französische Blätter für den Fall eines Angreifekrieges auf Sympathien bei den deutschen Katholiken rechnen zu können geglaubt haben. Er habe es deshalb für notwendig gehalten, gleich bei der ersten Gelegenheit die Beschuldigung von Beziehungen zum Ausland nachdrücklich zurückzuweisen. (Lebhafte Bravo.)

Abg. Wagener entgegnet: An dem Patriotismus des Vorredners und seiner Partei nicht geweckt zu haben und hält das Wort "verdammte Pflicht und Schuldbeteiligung" als durchaus gebräuchlich aufrecht.

Der Antrag v. Benda, betr. die politische Behandlung des Staats wird darauf einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Gesetzentwurf betr. den weißen Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat.)

Schluß 5 Uhr.

## \* Zur Reise des Kronprinzen

liegen heut nur wenig Nachrichten vor. Wie bereits kurz gemeldet, wurde dem Gäste zu Ehren am Montag Abend eine große spanische Serenade mit 600 Musikern veranstaltet, über deren Arrangement uns noch folgendes Telegramm zugeht:

Madrid, 27. Nov., früh. (Von einem zweiten Korrespondenten.) Der deutsche Kronprinz besuchte gestern Nachmittag mit dem König die internationale metallurgische Ausstellung und empfing hierauf das diplomatische Corps. Nach dem Galadiner im königlichen Schlosse wurde von sämtlichen Musikkorps der Garnison im Schloßhof der große Zapfenstreich ausgeführt, der mit der preußischen Volkslymme begann. Mehrere taufende Fackelträger waren im Borek um den Schloßhof aufgestellt, am Waffenmuseum, an der hinteren Seite des Schlosses, strahlte in glänzendem Lichte in großen Buchstaben das Wort: Willkommen. Der Hof wohnte dem außerordentlich glänzenden Schauspiel vom Balkon des Schlosses aus bei. — Die Reise des Kronprinzen und des Königs nach Toledo ist auf heute Vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Über dasselbe Fest läßt sich von seinem Madrider Korrespondenten das "Berl. Tagl." depechiren:

Madrid, 27. Nov. Die Serenade (serenata), welche gestern Abend unserm Kronprinzen dargebracht wurde, entwickelte sich nicht nur zu einem förmlichen Opernabend, sondern auch zu einer prächtigen Schausstellung, denn mit der Aufführung von Musikstücken war ein glänzender Fackelzug verbunden. Nach dem Festessen im königlichen Schlosse, das zu Ehren der Generalität gegeben war, entwickelte sich gegen 10 Uhr ein farbenreiches Schauspiel. Von allen Enden und Ecken der Stadt zogen Militär-Musikbanden nach dem Platz vor dem Schlosse. Ich zählte ihnen zwanzig, jede umgeben von einem Kranz glänzender Fackelträger waren. Mehr als zweitausend Fackeln wogten in dem Zuge, in welchem ein hochgetürmter blumengeschmückter Festwagen den Mittelpunkt bildete. Der Wagen war gefront mit einem goldenen Löwen, dessen Brust eine Riesenvasen hielt, welche eine Krone trug. Das Militär von Madrid brachte diese Ovation dem kaiserlichen Gäste dar. Um den Wagen ritten prächtige Kavallerie-Kapellen und ein Trupp malerischer Gestalten mit Bögen und Wiederkäfern in der Faust. Die Serenade begann mit "Heil dir im Siegerkranz", dann folgten Wieden aus Wagner's Tannhäuser und Meyerbeer's "Röhrstern". Überhaupt wurden nur Tonstücke von deutschen Meistern gespielt. Innerhalb des Schlosses bildeten die Fackelträger ein Geviert, in dessen Mitte die Musiker Aufführung nahmen. Gegenüber dem Balkon, auf welchem unser Kronprinz, umgeben von dem Hofe, Platz nahm, flamme in riesenlettern als deutscher Gruß das aus strahlenden Lichtern gebildete Wort: "Willkommen!" Ganz Madrid war auf den Beinen.

Der Erzbischof von Toledo, welcher in Madrid anwesend war, hat sich nach Toledo zurückgegeben, um zum Empfang des Königs und des Kronprinzen zugegen zu sein. Dieselben sollten gestern um 9½ Uhr abreisen und noch vor Mittag darunter eintreffen. Der Besuch gilt der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt, hauptsächlich dem Alcazar, der Kathedrale und der Waffensfabrik. Die Rückreise nach Madrid sollte gestern um 6 Uhr Abends erfolgen. Die Presse ist voller Lobes und Begeisterung über den Gast. Das Journal "Union" sagt, die Persönlichkeit des deutschen Kronprinzen mache einen tiefen Eindruck auf die Bevölkerung. Er erscheine als die Verkörperung hohen militärischen Ruhmes und der Größe des erlauchten Hohenzollernhauses, berufen, dereinst noch eine große Rolle in der Politik Europas zu spielen.

Über die Rückreise des Kronprinzen wird uns heute von meist wohlinformirter Seite aus Berlin gemeldet, daß deutsche Geschwader, das den Kronprinzen nach Spanien geleitete und gegenwärtig in Cartagena vor Anker liegt, habe Ordre erhalten, in den ersten Tagen kommenden Monats vor Valencia einzutreffen, um den Kronprinzen mit Gefolge wieder nach Genua zurückzuführen.

## Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 27. Nov. Der der Frau Prinzessin Albrecht angelegte Gipsverband ist nunmehr abgenommen und ein leichterer Schienenvverband angelegt worden.

Strasburg i. E., 27. Nov. Der "Elsäss-Lothringischen Zeitung" zufolge steht die Einberufung des Landesausschusses auf den 10. Dezember fest.

Brest, 26. Nov. "Petit Naplo" meldet auf das bestimmteste, die Ernennung des Feldzeugmeisters Philipposic zum Banus

Meteorologische Beobachtungen zu Posen  
im November.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind d.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
27. Nachm. 2	754,6	SW schwach	bedeckt <sup>1)</sup>	+ 4,8
27. Abends 10	759,4	W schwach	bedeckt	+ 4,6
28. Morgens 6	763,2	NW schwach	bedeckt	+ 3,2

<sup>1)</sup> Regenhöhe: 0,5 mm.  
Am 27. Wärme-Maximum: + 5,0°C. Cels.  
Wärme-Minimum: + 0,2°C.

Wasserstand der Warthe.			
Posen, am 27. November	Morgens 1,56 Meter.		
:	Mittags 1,58	:	
:	Morgens 1,58	:	

Geographische Börsenberichte.

Bonds-Courie.

Frankfurt a. M., 27. Nov. (Effekten-Societät.) Kreditaktien 231, Franzosen 260, Lombarden 116, Galizier 237, österreichische Papierrente —, Egypter 63, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Gotthardbahn 93, Deutsche Bank —, Nordwestbahn —, Elbthal —, 4proz. ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, Marienburg-Mlawia —, Mainzer —, Hessische Ludwigsbahn —, Lübeck-Büchener —, Watt.

Frankfurt a. M., 27. Nov. (Schluß-Courie.) Rubig. Starke Rückgänge in Egyptern veranlaßten anfangs Verkäufe, zum Schlusse steter.

Lond. Wechsel 20,347. Pariser do. 80,775. Wiener do. 168,50. R.-M. S.A. — Albenische do. —, Hess. Ludwigsb. 106. R.-M. Pr.-Anth. 125. Reichsanl. 101. Reichsbank 149. Darmst. 151. Meining. Br. 93. Ostf. ung. Bank 702,25. Kreditaktien 231. Silberrente 66. Papierrente 66. Goldrente 83. Ung. Goldrente 72. 1860er Loosie 116. 1864er Loosie 314,50. Ung. Staatsl. 220,50. do. Ostb.-Ob. II. 95. Böhm. Westbahn 250. Elisabethb. —, Nordwestbahn 153. Galizier 237. Franzosen 260. Lombarden 116. Italiener 89. 1877er Russen 89. 1880er Russen 70. II. Orientanl. 55. Zentr. Pacific 109. Diskonto-Kommandit —, III. Orientanl. 55. Wiener Bankverein —, 5% österreichische Papierrente —, Buschtrader —, Egypter 62. Gotthardbahn 93.

Türken —, Edison 112. Lübeck - Büchener 154. Rothr. Eisenwerke —, Marienburg-Mlawia —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 232. Franzosen 266. Gaisiger 237. Lombarden 116. II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Egypter 62. Gotthardbahn 93. Spanier —, Marienburg-Mlawia 89.

Wien, 27. Nov. (Schluß-Courie.) Ziemlich fest.

Papierrente 78,85. Silberrente 79,30. Österreich. Goldrente 98,10. 6-proz. ungarische Goldrente 120,00. 4-proz. ung. Goldrente 86,77. 5-proz. ungar. Papierrente 84,90. 1864er Loosie 119,50. 1860er Loosie 133,25. 1864er Loosie 171,50. Kreditloose 172,50. ungar. Prämien 114,00. Kreditaktien 276,10. Franzosen 308,25. Lombarden 138,25. Galizier 281,50. Kasch.-Oderb. 144,00. Pardubitzer 144,00. Nordwestbahn 184,30. Elisabethbahn 223,50. Nordbahn 249. Österreich. Ung. Bank —, Türk. Loosie —, Unionbank 107,00. Anglo-Austr. 106,25. Wiener Bankverein 102,70. Ungar. Kredit 274,00. Deutsche Plätze 59,25. Londoner Wechsel 120,75. Pariser do. 47,92. Amsterdamer do. 99,80. Napoleons 9,60. Dukaten 5,72. Silber 100,00. Marknoten 59,30. Russische Banknoten 1,16. Lemberg-Gernowitsch —, Kronpr.-Rudolf 173,25. Franz-Josef —, Dux-Bodenbach —, Böhmisches 195,00. Tramway 216,00. Buschtrader —, Österreich. 5proz. Papier —.

Wien, 27. Nov. (Abendbörse.) Ungarische Kredit-Aktien 274,50. österreichische Kreditaktien 276,80. Franzosen 308,50. Lombarden 137,80. Galizier 281,50. Nordwestbahn 184,00. Elbthal 191,50. Österreich. Papierrente 78,85. do. Goldrente —, ungar. 6 p.Ct. Goldrente 120,00. do. 4 p.Ct. Goldrente 86,85. do. 5p.Ct. Papierrente 84,95. Marknoten 59,30. Napoleons 9,60. Bankverein 102,75.

Wien, 28. Nov. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien 275,10. Österreich. Kreditaktien —, Franzosen —, Lombarden —, Galizier —, Nordwestbahn —, Elbthalbahn —, Österreich. Papierrente —, 4proz. ungar. Goldrente 86,70. 6proz. ungar. Goldrente —, 5proz. do. Papierrente —, 4proz. do. Goldrente —, Marknoten —, Napoleons —, Wien. Bankverein —, Watt.

Paris, 26. Nov. (Boulevard-Berlehr.) 3proz. Rente 77,47. 4 p.Ct. Anleihe 106,65. Italiener 90,37. Österreich. Goldrente —, Türk. 9,15. Türkentloose 42,25. Spanier 55, do. neue Spanier —, Ungar. Goldrente —, Egypter 311,00. 3proz. Rente —, Lombarden —, Banque ottomane 647,00. Franzosen —, Schwach.

London, 27. Nov. Consols 101,5. Italien. 5prozentige Rente 89,5. Lombarden 113. 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen do. 1871 84,5. 5proz. Russen do. 1872 84,5. 5proz. Russen do. 1873 85,5. 5proz. Türk. de 1865 9,5. 4proz. fundierte Amerik. 126. Österreichische Silberrente 67. do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 73,5. Österreich. Goldrente 82,5. Spanier 55,5. Egypter 60,5. Ottomanbank 151. Preuß. 4proz. Consols 101. Ruhig. Suez-Aktien 82.

Silber —, Plazaobligation 2 v.Ct.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,57. Wien 12,19. Paris 25,42. Petersburg 22.

Probalkan-Kurie.

Köln, 27. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 19,25. fremder loco 19,50. per November 17,00. per März 18,70. Mai 19,05. Roggen loco 15,50. per Novbr. 18,65. per März 14,25. per Mai 14,55. Hafer loco 14,00. Rübbel loco 35,40. per Mai 34,60.

Bremen, 27. Nov. Petroleum (Schlußbericht) Fett. Standard white loco 8,30 bez. u. Räufer, per Dez. 8,30 bez. u. Räufer, per Jan. 8,50 Br. per Februar 8,60 Br. per März 8,70 Br.

Hamburg, 27. November. (Getreidemarkt.) Weizen loco rubig. auf Terme flau, per Nov. 176,00 Br. 175,00 Gd. per April-Mai 187,00 Br. 186,00 Gd. — Roggen loco rubig. auf Terme matt, per Nov. 132,00 Br. 131,00 Gd. per April-Mai 143,00 Br. 142,00 Gd. — Hafer still Gerste rubig. — Rübbel rubig. loco 67,00. per Mai 66,50. — Spiritus rubig. per Nov. 42,5 Br. per April-Mai 41,5 Br. — Kaffee fest. Umsatz 9000 Sac. — Petroleum rubig. Standard white loco 8,45 Br. 8,40 Gd. per Dez. 8,40 Gd. per Jan.-März 8,65 Gd. — Wetter: Bewölkt.

Königsberg, 27. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen unv., Roggen beh., loco 121/122 Pfund 2000 Pfund Zollgew. 130,00. per Nov. 130,00. per Frühjahr 137,50. Gerste unv., Hafer fest. loco inländ. 124,00. pr. Nov. 120,00. Weiße Erbsen per 2000 Pf. Zollgewicht 166,50. Spiritus pr. 100 Liter 100 p.Ct. loco 49,50. per Nov. 49,50. pr. Frühjahr 51,50. — Wetter: Schön.

Wien, 27. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen per Nov. 9,95 Gd. 10,00 Br. per Frühjahr 10,52 Gd. 10,55 Br. — Roggen per Nov. — Gd. — Br. per Frühjahr 8,60 Gd. 8,65 Br. Hafer per Nov. — Gd. — Br. pr. Frühjahr 7,62 Gd. 7,70 Br. Mais pr. Nov. 6,72 Gd. 6,77 Br. Mai-Juni 7,02 G. 7,07 Br.

Pest, 27. Nov. (Produktmarkt.) Weizen loco flau, per Frühjahr 10,06 Gd. 10,08 Br. Hafer per Frühjahr 7,25 Gd. 7,27 Br. Mais per Mai-Juni 6,64 Gd. 6,66 Br. — Kohlraupen per August-Sept. — Wetter: Regenwetter.

Amsterdam, 27. Nov. Bancazinn 53.

Amsterdam, 27. Nov. Getreidemarkt. Roggen per März 162.

per Mai 164.

Paris, 27. Nov. Produktmarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig. per Nov. 24,25. per Dez. 24,80. per Jan.-April 25,50. per März-Juni 26,10. Roggen beh., per Novbr. 15,25. per März-Juni 16,75. M-bl 9 Marques ruhig. Nov. 53,50. per Dez. 54,50. per Jan.-April 55,40. per März-Juni 56,40. — Rübbel ruhig. per Novbr. 77,25. per Dez. 77,50. per Januar-April 78,25. per März-Juni 78,25. — Spiritus weich. per Nov. 46,50. per Dez. 46,75. per Jan.-April 48,50. per Mai-August 50,25. Wetter: Bedeckt.

Paris, 27. Nov. Rohzucker 88° ruhig. lolo 47,75 a 48,00. Weißer Zucker ruhig. Nr. 3 pr. 100 Kilogramm per Nov. 55,80. per Dez. 56,10. per Januar-April 57,25.

Glasgow, 27. Nov. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 9800 Tons gegen 11,700 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Bradford, 26. Nov. Wolle ruhig. kaum behauptet; Garne ruhig, unverändert; Stoffe in Folge größerer Produktion niedriger.

London, 27. Nov. An der Küste angeboten 3 Weizenladungen.

Wetter: Schön.

London, 27. Nov. Havannazucker Nr. 12 21,5 nominell.

Centrifugal Cuba —.

London, 27. Novbr. Bei der am 26. d. M. abgehaltenen Wollauktion waren Preise fest.

Marktpreise in Breslau am 27. November.

Festsetzungen der städtischen Märkte- Deputation.	gute		mittlere		geringe Waare	
	Höch- ster M. Pf.	Rie- drigst. M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	Rie- drigst. M. Pf.	Höch- ster M. Pf.	Rie- drigst. M. Pf.
Weizen, weißer	20	20	19,20	18	17,80	16,80
dto. gelber	18	50	17,50	17	16,50	15
Roggen	15	90	15,70	15	14,70	14,50
Gerste	100	16	14,80	14	13,50	12,80
Hafer	14	20	14	13,80	13,60	13,40
Kohlen	18	30	17,50	17	16	15,50

Festsetzg. d. v d Handelskam- mer eingef. Kommission	feine	mittel	ordin. Waare	
M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	
Raps	29	50	27	25
Rüben, Winterfrucht	pro	—	27	25
dto. Sommerfrucht	28	50	28	25
Dotter	100	24	23	21
Schlaglein	Kilog.	22	50	21
Hanfhaar	21	—	20	19
Kartoffeln, vro	50 Kgr. 3,00	3,25	3,50	3,75 Mark, pro
100 Kgr. 6—6,50	7—7,50 Mark	pro 2 Liter 0,12	0,13	0,14—0,15
Ratl.	—	—	—	—
— g.e.u., per 50 Kgr. 3,20	— 3,40 Mark,	— Strob, per	—	—
Schock à 600 Kgr. 23,00—25,00 Mark.	—	—	—	—

Breslau, 27. November. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen (per 2000 Pfund) matter. Gefündigt —. Centner. Abgelauftene Rundigungsscheine —, per November 149,00 Br. per Nov.-Des

